

**„Der Courier“**  
 Organ der deutschsprachigen Canadianer.  
 Erscheint jeden Mittwoch.  
 Herausgegeben von der  
**„Western Printers Association, Limited“**  
 J. W. Ehmman, Geschäftsführender Direktor.  
 Bernhard Bött, Chefredakteur.  
 Geschäftsstelle in Regina, Sask.:  
 1835 Halifax Straße.  
 Geschäftsstelle in Edmonton, Alta.:  
 9758 Jasper Avenue.  
 Wilmersdruckerei 19-24 Gates Bldg.  
**„DER COURIER“**  
 The Organ of the German-speaking settler of the West  
 MEMBERS OF A. B. C.  
 Printed and published every Wednesday by THE WESTERN  
 PRINTERS ASSN. LTD., a joint stock company, at its office  
 and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.  
 All stock owned by the readers of the paper.  
 J. W. EHMANN, Managing Director.  
 (Advertising Rates upon application)

**Das Los des Farmerhandes  
 und der Sozialismus.**

Nach wie zuvor ist die gesamte Menschheit von einer tiefgreifenden und weltverändernden Wirtschaftskrise beunruhigt worden wie in den letzten Jahren. Kein Volk, keine Klasse, kein Stand kann sich den Auswirkungen der Weltdepression ganz entziehen, wenn auch der eine oder andere Einzelnen, der eine oder andere Stand darunter mehr zu leiden hat als andere. Wer heute noch auf festen Füßen zu stehen glaubt, fällt vielleicht morgen. Große Bankhäuser und scheinbar selbständige Handels- oder Industrieunternehmen sind zusammengebrochen. Andere halten sich nur noch kümmerlich existenzfähig mit Mühen über Wasser, wissen aber nicht, ob sie das Ende der großen Krise noch überleben werden.

Mit am meisten betroffen ist ungewissheit der Farmerland auf dem nordamerikanischen Kontinent, nicht nur in Canada, sondern ebenso in den Vereinigten Staaten. In beiden Ländern ist im Interesse eines ganz einheitlichen Industriegebietes eine außerordentlich furchtbare Weltdepression eingetreten, die ganz natürlichweise zur Folge hatte, daß die für landwirtschaftliche Produkte Amerikas in Frage kommenden europäischen Importländer sich immer stärker gegen Canada und die Vereinigten Staaten abgeschlossen. Die republikanische Verwaltung in Washington und die konservative Regierung in Ottawa haben infolge dieser furchtbaren und einseitigen Weltdepression den Farmerland den denkbar schwersten Schlag verleiht. Während in Europa, wie aus Presseberichten ersichtlich ist, von Regierungsseite alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um die Leistungsfähigkeit der dortigen Landwirtschaft zu stärken, ihre Produktionskraft zu heben und ihr finanzielles Wohlbefinden zu unterbauen, läßt man in Canada und den Vereinigten Staaten den Farmerland langsam in den Abgrund hineingehen. Selbst in so stark industrialisierten Ländern wie Deutschland oder England erkennt man die eminent wichtige Bedeutung eines gesunden Bauernstandes für das Volk, und Wirtschaftswissenschaftler, die in einem Kontinent die Farmerfrage nur zum Zielobjekt gewisser Parteien gemacht wird, ohne daß man sich um die Lösung des Farmerproblems ernsthaft bemüht. Die diesbezügliche konservative Politik in Ottawa ist ein klassisches, aber auch abstraktes Beispiel dafür. Suche früher die liberale Partei unter Mackenzie King's Führung auch in Wirtschaftswissenschaften ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem Osten und Westen, zwischen Industrie, Handel und Landwirtschaft herzustellen, wie es in einem volkswirtschaftlich normalen Staatswesen sein soll, hat die konservative Partei dieses Gleichgewicht völlig zerstört und sich dadurch einen schweren Vergehen schuldig gemacht. Leider haben die letzten Dominionwahl infolge einer geradezu sträflichen Verhättnislosigkeit, die an Selbstmord grenzt, selbst die Wegsaher gewählet, die den Farmerland zur Schicksalswahl schleppten.

Die Folge davon ist, daß sich in weitesten Kreisen des Weltens Enttäuschung und Erbitterung bemerkbar machen. Viele schämen sich, den bei der letzten Wahl begangenen Fehler offen eingestehen. Manche getrauen sich nicht mehr, sich zu der liberalen Partei zu bekennen, die sie 1930 treulos verlassen haben, obwohl sie der ruhiger Überlegung und absoluter Ehrlichkeit zugeben müssen, daß der canadische Farmerland unter liberaler Regierung stets eine Blütezeit erlebt hat. In ihrer nur zu begreiflichen Unzufriedenheit wenden sich manche einem neuen Götzen zu, der ihnen Brot vertribst, aber Steine geben wird. Der neue Götze ist die Idee der Klassenpartei, eine Ausgeburt des Sozialismus, der noch liberal in der Welt, in England wie Australien, in Deutschland wie Österreich, in Rußland wie China die betreffenden Massen nicht befreit und beglückt, sondern nur noch tiefer ins Elend hinabgelassen und zugleich den wirtschaftlichen Kredit und die nationale Kraft des betreffenden Staates unterminiert hat. Eine Klassenpartei muß ganz naturgemäß den Widerstand anderer Volksschichten hervorrufen, führt infolgedessen zum Klassenkampf und damit zur Vernichtung der Grundlageneines gesunden Staats- und Wirtschaftslebens. Der Wohlstand eines Volkes — das hat die Geschichte noch immer bewiesen — kann auf die Dauer niemals auf einer Klasse beruhen, sondern nur auf einem vernünftigen sozialen Ausgleich der verschiedenen Wirtschaftsklassen und Standesinteressen. Ein solcher Ausgleich kann nur erzielt werden, wenn die uralten und doch ewig neuen christlich-sozialen Grundzüge zur praktischen Anwendung gelangen, deren Hauptforderung die christliche Gerechtigkeit ist, die jedem Stande das Seine gibt, die für Leben und Wohlfahrt eintritt, welche die wichtigsten Funktionen des Arbeiters wie des Farmers, des Beamten wie des Geschäftsmannes im Wirtschaftsprozess anerkennt. Die christliche Soziallehre stützt sich ferner auf die Anerkennung des rechtlich erworbenen und richtig verwendeten Privateigentums, das vom Sozialismus verworfen wird. Nach christlicher Auffassung wird jeder Mißbrauch des Privateigentums zur Ausbeutung,

des Nebenmenschen und zur Unterdrückung des Schwachen schärfstens verurteilt. Denn der Mensch ist nicht der unbedingte Herr und Herrscher über alle irdischen Güter, sondern nur der von Gott eingelegte Verwalter, der sein Eigentum nach den Richtlinien der Sittenlehre und christlichen Gerechtigkeit zum Wohle seines Mitbruders und der menschlichen Gemeinschaft zu verwalten hat. Nach dem alten christlich-deutschen Rechtsatz „Gemeinnus geht vor Eigennus“, den kürzlich wieder der deutsche Reichskanzler Franz von Papen verkündet hat, ist der Staat verpflichtet, darüber zu wachen, daß nicht die Selbstsucht des Einzelnen oder einer Klasse über die höher stehenden Interessen des Gesamtvolkes triumphiert. Es ließe sich noch weit mehr über christlich-soziale Grundzüge sagen, wie über gerechten Lohn, über jene, die verdienen wollen, ohne ernt und schwer zu arbeiten, über jene, die ernten wollen, ohne zu säen, nämlich über die Paraziten und Mitfänger der menschlichen Gesellschaft, über die echt christliche Genossenschaftsidee, die mit Sozialismus nicht das Geringste zu tun hat.

Man könnte einwenden, daß diese erhabenen und absolut richtigen Grundzüge leider in der Praxis wenig befolgt oder sogar mit Füßen getreten werden. Doch muß auch zugegeben werden, daß überall dort, wo solche ernste Gedanken in die Tat und Wirklichkeit umgesetzt werden, das Volk zu Frieden, Wohlstand und Glück gelangt. Denn aber, die dem unchristlichen Sozialismus nachzugehen, geraten in eine gefährliche Sackgasse, aus der es keine Rettung mehr gibt. Denn der Sozialismus reißt nieder, wo andere aufgebaut haben, der Sozialismus bedeutet Klassenkampf, wo nur ein friedlicher Ausgleich des Gesamtvolkes bewirkt kann, der Sozialismus wird, konsequent durchgeführt, zu einer neuen Tyrannei, wie sich am Beispiel des unglücklichen Rußland nur zu deutlich gezeigt hat.

**Die Krise in den Kolonialländern.**

Die gewaltige Störung des wirtschaftlichen Zusammenwirkens der Welt schiebt der eine auf die verheerenden Auswirkungen des Weltkrieges und die politischen Schindeln, der andere auf den übermäßigen Schulden und die ungleiche Goldverteilung, ein Drittel auf die Technisierung und übermäßige Entfaltung arbeitender Maschinen. Alle diese Gründe haben ohne Zweifel zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der Welt beigetragen, insofern ist dabei ein Faktor unerwähnt geblieben: die verkehrte Kolonialpolitik der meisten Nationen.

Die Weltwirtschaftskrise hat den Ideenkreis der Kolonialwirtschaft von Grund auf revolutioniert. Die „Monopolisten“ von Kaufhaus, Tee, Kaffee, Kakao, Goldminen und viele anderen sind durch den ungeheuren Preissturz von Ende 1929 bis heute ins Bankrott geraten, mit schweren Folgen für die von ihnen abhängige Bevölkerung. In den Urabund und Staatsumwälzungen in Südamerika, unmittelbar durch die Wirtschaftskrise verursacht, hat es an afrikanischen Genossenschaften nicht gefehlt. So kam es im Kongo Staat zu tödlichen Aufständen, zumal in Kwango und am Leopoldsee.

Zu spät bemühte man sich, die Bevölkerung wieder in größerem Maßstabe zum Aufbau von Rührkräften für den eigenen Bedarf anzuleiten. Was ein Jahrhundert herfort, war nicht in drei Jahren wieder aufzubauen. Um so höher ist es zu bewerten, wie sich in dieser Krise — fast ein halbes Menschenalter nach dem Verlust der Schutzgebiete — die eine von der deutschen Kolonialpolitik geschaffenen Wirtschaftsgrundlagen benützt haben. Darüber berichtet das Wiener Internationale Arbeitsamt in seinem kürzlich erschienenen „Internationalen Jahrbuch der Sozialpolitik 1931“ unter dem Kapitel der „Eingeborenarbeit“. Hiernach hat in dem heute französisch verwalteten Teile Kameruns „der Stand der eingeborenen Landwirtschaft die Bevölkerung vor den schlimmsten Folgen der Krise bewahrt“, was zur weiteren Entwicklung eines eingeborenen Bauernstandes ermutigt. Ähnliches wird aus Togo gemeldet. Im ehemaligen Deutsch-Nicaragua, heute als „Tanganyika“ britisch verwaltet, wirkt auch jetzt noch der Einfluß der deutschen Kolonialpolitik nach.

Die Produktion für die Ausfuhr muß in geänderten Verhältnis zum Nahrungsmittelzeugung für den Eigenbedarf stehen. Daß die bisherige Kolonialpolitik gerade auch der großen Anwerber nicht danach handelte, hat nicht nur die Kolonialländer wirtschaftlich und sozial immer gefährdeter, sondern hat den Weltmarkt gerüttelt. Ein neues, besseres System der internationalen Arbeitsteilung muß gefunden werden. Kein Land — auch nicht eine Kolonie — ist nur Mittel zum weltwirtschaftlichen Zweck, sondern stets erst Selbstzweck. Die koloniale Erde dieser Zeit reicht damit in ihrer geschichtlichen Fernwirkung weit über das rein ökonomische hinaus.

**Der Balkan einigt und zehrt.**

Ueber obiges Thema schreibt ein Südländer aus „Maribor“ (Marburg) ein Eingekannt an die „Allg. Zeitung“, worin er seinen Standpunkt klarmacht, der an Selbstbewußtsein und Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. In der Vorkriegszeit war es der Stolz jedes Deutschen, zu dem Volk zu gehören, das über das Ausland am besten unterrichtet war. Man lernte gern fremde Sprachen, behag eine ganz ungeheure Lektüreliteratur, reiste viel und verfolgte aufmerksam alles, was sich im Ausland abspielte. Dieses scheint sich nach dem Krieg gänzlich geändert zu haben. Man begegnet als Ausländer unter Deutschen vielfach einer so krassen Unkenntnis seines eigenen Landes — wenn es auch nicht weiter als auf dem Balkan gelegen ist —, daß man wirklich erstaunt ist. Die Nachfolgestaaten auf dem Balkan setzen sich doch zum großen Teile aus den einst zu Österreich-Ungarn gehörigen Gebieten zusammen; um so befremdender wirkt es, daß man heute in Deutschland so wenig über seine einstigen Bundesgenossen weiß.

Als Südländer begegnete ich über mein Land nur solchen und ähnlichen Urteilen wie: Trabanten Frankreichs, ein Staat ohne eigene Politik, Deutschlands Hasser. Ohne darauf eingehen zu wollen, wie völlig einseitig die Einstellung ist: der deutsch-französische Gegensatz sei der einzige Gesichtspunkt, aus der die europäische Politik zu beurteilen sei, so möchte ich doch mit stärkstem Nachdruck betonen, daß die Zeit längst vorüber

ist, in der sich die Staaten weiter Größe, wie Südländer, Rumänien, die Tschechoslowakei als „Trabanten“ behandeln ließen. Ihre Selbstständigkeit zu den mittel-europäischen Plänen aus letzter Zeit, ihre Ablehnung des Vertrags von Kaufman beweisen den ganz deutlichen Willen, selbständige Politik zu betreiben. Mein Schlagwort wird am Balkan öfter gehört, als: „Der Balkan den Balkanvölkern!“ Die Balkanstaaten sind sich bewußt, daß sie 50 Jahre hindurch die Bauern auf dem politischen Schachbrett Europas waren, und sie sind diese Rolle gründlich satt. Ehenogut wissen sie aber auch, daß sie alle Voraussetzungen dazu haben, Macht faktoren zu werden, die keiner europäischen Welt nachzuziehen brauchen — sobald sie nur die inneren Probleme des Balkans gelöst haben werden. Der slawische Balkan als ein Staat von 20 Millionen Einwohnern wird kommen, ebenogut wie das Deutsche Reich von 1871 ge-

**Weltumschau**

**Reichskanzler** Frankreichs Antwort auf Deutschlands Forderung nach Wehr- und Gleichberechtigung. „Bringt die Lösung dieses schweren Problems um seiner Schritte näher“, sagte Reichskanzler von Papen in einer Rundfunkansprache an das deutsche Volk. „Unsere Entscheidung“, fuhr er fort, „wird von der Heberzeugung getragen, daß dies eine Frage der Ehre, der wahren Rechte unserer Nation ist. Deutschland verlangt nichts, das nicht selbstverständlich für jedes Volk ist, das seine Ehre überwacht und einen Lebensdrang besitzt, und nichts, das in Deutschlands Interesse einseitig ist.“

Die ungeheure Ungleichheit der Rüstungen verleiht heute nicht nur Deutschland Recht auf Sicherheit, sondern ist auch die Ursache einer immer größer werdenden Spannung, die beiläufig werden muß, wenn das Vertrauen zwischen den Völkern wieder hergestellt werden soll.“

Der Kanzler bezog sich auf den „ausgesprochenen Vorbehalt“ von Präsident Hoover für eine allgemeine Reduzierung der Rüstungen um ein Drittel. „Er wurde mit schönen Worten begründet“, sagte er, „und dann, was Taten anbetrifft, außer Acht gelassen.“ Die schwierige Aufgabe, der sich eine Regierung gegenübersehen, war die Lösung der Reparationsfrage, sagte der Kanzler.

„Der Young Plan ist tot und wird auch niemals neu erstanden“, fuhr er fort. „Ein Abkommen für eine feste Zahlung von drei Milliarden Mark wurde unter Bedingungen angenommen, die die Möglichkeit einer Gefahr für Deutschlands Wirtschaftswirtschaft und Finanzen ausließen.“

Außerdem besteht kein Zweifel, daß es in Zukunft niemals möglich sein wird, von Deutschland einen höheren Beitrag zu fordern als den, der in Kaufman vereinbart wurde. Die Wiederherstellung der Oberherrlichkeit des Reiches, seiner Freiheit und Gleichheit, ist ein fundamentales Ziel unserer Außenpolitik, wie sie auch ein Punkt der Ehre und Selbstbehauptung für Deutschland ist. Gleichzeitigkeit ist die Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen Ländern.“

„Aus diesem Grund hat Deutschland jetzt den zweiten Punkt in unserer Forderung nach Gleichberechtigung in Angriff genommen, nämlich Abrüstung.“ Der Kanzler behauptete, daß mit dieser Forderung die Regierung die Oberhoheit und Unterwürfung des ganzen deutschen Volkes hat.“

„Wir wollen Abrüstung“, sagte er. „Niemand würde es mehr willkommen heißen als Deutschland, wenn alle Staaten ihren moralischen und rechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf Abrüstung nachkommen und dies in Heberzeugung mit den Bestimmungen und Paragraphen des Vertrags von Versailles durchführen würden.“

„Wir würden für Deutschland Abrüstungsvorschläge, die bis zur äußersten Grenze gehen, annehmen, vorausgesetzt, daß sie auf alle Staaten gleich angewandt werden. Für uns ist es jedoch untraglich, als eine Nation zweiter Klasse wehrlos behandelt zu werden und weiterhin ungeschützt unter den Staaten des europäischen Kontinent, die von Waffen jahren, dazuziehen. Unsere Nation kann nicht länger vollständig verteidigungslos vor der großen Weltmacht überhandnehmen.“

„Dieses Gefühl, ohne Verteidigung zu sein, hat unsere Beziehungen mit anderen Ländern vergiftet und hat das Vertrauen unseres Volkes zu dem Staat untergraben. Wir wollen Frieden. Wir wünschen keine kriegerischen Abenteuer. Wir sind gegen das Betreiben Niemand feste größere Hoffnungen auf die Abrüstungskonferenz als Deutschland. Die Resultate ihrer ersten fünf Monate haben uns gravant enttäuscht. Trotz des Völkerbundes, des Locarno und des Kellogg-Paktes haben andere Nationen die Verantwortung für Abrüstung zu umgehen.“

kommen ist. Dies ist die politische Idee, die Südländern beibringt, und nicht eine Trabantenrolle im Dienst der einen oder anderen europäischen Großmacht.“

Ich möchte noch ein im Ausland ganz unbemerktes Symptom hervorheben, das im Weltleben des Balkans täglich deutlicher wird und das ganz kennzeichnend ist: eine Abkehr von Westeuropa. Man sieht stark die russischen Denker Solowjew und Tolstojewski, die großen Kritiker des Westens. Man wird auch auf dem Balkan kritischer in der Beurteilung der in Westeuropa angelebten Lebensgüter. Diese in Entfaltung begriffene Einstellung wird von den Eigenschaften gefördert: die Krise, die Westeuropa erschüttert, macht sich auf dem Balkan viel weniger bemerkbar. In Europa zehn Millionen Arbeitslose, bei uns ist gut wie gar keine. Wir haben keine große Bourgeoisie, die in ihrer Lebenshaltung bedroht wäre; der Sturm wird keine großen Räume zum Freuen finden.

**Deutsche Treue**

Auf der in Koblenz tagenden Jahresversammlung der Vereinigten Saar-Bereine deutscher Städte wurde von Medern erklärt, daß die Volksabstimmung nach Ablauf der nächsten zwei Jahren zweifellos die Zurückgabe des Saarlandes an Deutschland verlangen würde. Viele tausend Saarbewohner kamen am Deutschen St. am Einfluß der Wahl in den Rhein, um zusammen und unterstützen ihre Treue zum Vaterlande. Reichspräsident von Hindenburg hatte eine Vergrößerungsbewegung geleitet, welche bezeugt: „Woge der glühende Wunsch der deutschen Nation und der Saarbevölkerung für völlige Wiedervereinigung bald verwirklicht werden!“

Andere Deputierten ähnlichen Inhalts waren von Reichskanzler von Papen, Mitgliedern des deutschen Reichskabinetts und anderen deutschen Staatsbeamten eingetroffen. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags ist der Tag der Saarabstimmung auf Januar 1935 festgelegt. Die Bewohner des Saargebietes werden dann entscheiden, ob sie die Angliederung an Deutschland oder Frankreich wünschen. Einweilen bleibt die frühere deutsche Provinz unter Verwaltung des Völkerbundes. Eine französische Gesellschaft im Saargebiet hat die Forderung aufgestellt, daß Deutschland vor dem Volksentscheid den Wert der Kohlen und Eisenbergwerke im Saargebiet bezahlen sollte.

Großbritannien bereitet sich wie ein Vertreter der United H. S. A. ein- schmeicheln. Mitgeteilt wird, darauf vor, am kommenden 15. Dezember die fällige Kriegsschuldenszahlung an die Vereinigten Staaten zu machen. Es soll nach der gleichen Quelle nicht vorhaben, von der Suspendierungsklausel Gebrauch zu machen.

Privatim geben Mitglieder der Londoner diplomatischen Kreise der Heberzeugung Ausdruck, daß der günstige Eindruck, der durch die prompte Zahlung erzeugt worden würde, die Erreichung günstiger neuer Bedingungen für die Gesamt-schuldenszahlungen ermöglicht bald nach der amerikanischen Präsidentenwahl erleichtern würde.

Obwohl in gewissen britischen Kreisen an scheinend die Hoffnung auf eine Verlängerung des Moratoriums noch nicht aufgegeben worden ist, soll die britische Regierung an der Ansicht festhalten, daß die Vorteile eines Moratoriums, trotzdem es für den Augenblick wünschenswert erscheinen mag, nicht zu vergleichen sind mit denen einer baldigen Neuverteilung.

Eine gemeinsame Aktion anderer Schuldnerationen signierten eines völligen Schuldennachlasses, die auf ein weiteres Moratorium folgen mag, würde, so sagt man sich, dem finanziellen Prestige Englands großen Schaden zufügen.

Italien erhöht Bon der italienischen Regierung vorgenommene Zollherabsetzungen des Getreidepreises von Argentinien, sowie Salmal, Sved und Törrobit aus den Vereinigten Staaten von der künftigen Einfuhr in Italien nachzu aus. Der Zoll auf

Getreide ist von 27,50 Lire pro Zentner auf 140 Lire für Argentinien erhöht worden. Dabei gilt Argentinien als eine besonders begünstigte Nation. Der Zoll der Erbsen ist von 100 Lire auf 200 Lire pro 100 Brutto erhöht, und der auf Sved von 40 auf 200. Während des vorigen Jahres wurden rund 10.000 Zentner Salmal und Sved aus den Vereinigten Staaten nach Italien geschickt. Der Zoll auf Törrobit ist von 55 Lire pro Zentner auf 160 Lire erhöht worden. Die amerikanische Ausfuhr nach Italien belief sich letztes Jahr auf 88.000 Zentner.

Der neue Zolltarif sieht außerdem viele andere Erhöhungen auf Agrarprodukte vor, von denen jedoch die Vereinigten Staaten nur leicht betroffen werden.

Die nunmehr offiziell detretierten Zollherabsetzungen sind den landwirtschaftlichen Interessen Italiens bereits vor Jahresfrist versprochen worden, konnten aber erst jetzt vorgenommen werden, da verschiedene Vertragsbestimmungen erst am 31. August dieses Jahres ihre Gültigkeit verloren.

Gandhi will Wabarna Gandhis Vorhaben, im Hungerstreik einen am 20. September beginnenden Hungerstreik sich den Tod zu bereiten, wurde in London entbült durch Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen Gandhi und Premier MacDonal und Sir Samuel Hoare, Staatssekretär für Indien. Die Entschließung des Wabarnas, in einen Hungerstreik zu treten, erfolgte auf Grund seiner Einwände gegen den Regierungsplan, eine gemilderte Form eines eigenen Wahlrechts für die state der „Unantastbaren“ zu schaffen.

Aus amtlichen Kreisen ließ sich nicht in Erfahrung bringen, welche Schritte von der Regierung geplant sind, um die Verwirklichung von Gandhis Absicht zu verhindern. Wahrscheinlich jedoch ist Gandhis Freilassung aus dem Gefängnis, sobald er den Hungerstreik unternimmt. Einweilen jedoch hat die Regierung kein Kompromiß angetragen.

In dem Briefwechsel — das erste dieser Schriftstücke kam im vergangenen März, das letzte am 9. September — hatte Gandhi an seine Erklärung bei der Tafelrunde in London erinnert, daß er gegen Verwirklichung eines besonderen Wahlrechts für die unterdrückten Volksklassen mit seinen Leben anspannen würde. Natürlich behauptete er: „Dies war nicht in der Sige des Augenblicks gesagt, noch eine rednerische Phrasen. Es war als eine ernste Erklärung gemeint.“

Aus der Korrespondenz geht hervor, daß Gandhi, selbst wenn er aus dem Gefängnis entlassen wird, an seinem Entschluß, teilhaben will. In einem Telegramm vom 9. August sagte Premier MacDonal dem Indierführer, daß die „Unantastbaren“ nach dem Plane der Regierung ein zwar vorläufig befristetes, aber innerlich ein Wahlrecht erhalten, während Gandhis Plan, in den Tod zu gehen, der unterdrückten state nichts einbringen würde.“

In seiner Erwiderung sagt Gandhi, daß er nicht für die unterdrückten Massen das Wort führe, aber an seinem Entschluß, teilhaben müßte. Er fügte hinzu, daß noch andere große Ungerechtigkeiten in anderen Teilen des Regierungsplans enthalten seien, die allerdings seine Selbstzerstörung rechtfertigen würden.

Der Wabarna befindet sich seit dem 4. Januar im Gefängnis in Poona, nachdem er beim Kampanne des bürgerlichen Ungehorsams erneut aufgenommen hatte.

**Amerikas neue Kreuzer.**

Die amerikanische Kriegsflotte wird demnächst durch die bevorstehende Indienststellung der beiden Kreuzer „Portland“ und „Indianapolis“ eine erhebliche Verstärkung erfahren. Die beiden Schiffe gehören zu den 18 Kreuzern von je 10.000 Tonnen, die von den Vereinigten Staaten auf Grund des Londoner Abkommens gebaut werden dürfen, unterdessen sind insofern von den davon bereits fertigen Schiffen durch einen wesentlich härteren Panzerung. Dieser erdient bei den ersten acht Schiffen derart ungenügend, daß man sich in Washington entschloß, die Pläne für den Rest des Bauprogramms grundlegend zu ändern. Man verwarf dabei auf die Erfahrungen, die England mit seinen verhältnismäßig leicht gepanzerten Schiffskreuzern — den sogenannten „John Bullen Schiffe“, weil sie nur so lange schwerer Artilleriefeuer zu ertragen vermöchten — gegenüber den deutschen Schiffen in der Fregatenschlacht gemacht hat, dann aber auch die Tatsache, daß sowohl Frankreich als auch Italien ihre 10.000-Tonnen-Kreuzer mit erheblich härterem Seitenpanzer und Panzerdeck versehen. In der britischen Adressliste zeigt sich bereits lebhafter Wunsch, da Großbritannien all diesen stark gepanzerten Kreuzern nur recht leicht gepanzerte „Wachschiffe“, wie man sagt, entgegenzusetzen hat.

**Fliegerfamilie doch noch gerettet**

**Hutchinson und seine Begleiter von einem Fischdampfer aufgenommen.**

Angmagalik, Grönland. — Die „Fliegerfamilie“ Hutchinson befindet sich an der Spitze Grönlands in Sicherheit und freut sich darüber. Die acht Personen, die den Flug von Amerika auf dem Flugzeug „City of Richmond“ nach hier unternommen haben, wurden von dem Fischdampfer „Nord Talbot“ hier an Land gebracht. Der Dampfer hatte sie im Nord-Merua, wo ihr Flugzeug mehrere Tage auf das Wasser gezwungen war, an Bord genommen.

Hutchinson teilt mit, daß er auf dem Flug von Julianahab nach Angmagalik in einen schweren Schneesturm geraten sei und daß sein Flugzeug zerstört wurde, als er auf dem Wasser eine Landung vollzog. Der „Nord Talbot“ war der erste Dampfer, der den Rettungsruuf Hutchinsons vernommen hatte und beantwortete, und dem es schließlich gelang, das Flugzeug und die Schiffbrüchigen in dem genannten Fjord zu finden.

Die Bewohner von Grönland, die mit den Gefahren der nördlichen Gewässer nur zu vertraut sind, waren erstaunt, als sie hörten, daß von den acht Insassen niemand verlegt wurde. Auch die beiden kleinen Töchter Hutchinsons im Alter von acht und sechs Jahren befinden sich wohl. Kapitän Thomas Watson vom „Nord Talbot“ erklärt, sogar kein harter Frost hätte sich mit aller Vorrichtung durch die Eischollen bewegen müssen.

Die Pläne für die unmittelbare Zukunft haben die Hutchinsons noch nicht bekannt gegeben. Kapitän Watson hat mit seiner zwölf Mann be-

**Großbritannien gegen Deutschlands Forderung.**

**(Fortsetzung von Seite 1.)**

wandte sich gegen die „unfreundliche Form“ der britischen Note und erklärte: „Es braucht gar nicht erst betont zu werden, daß wir den im britischen Memorandum vertretenen Standpunkt nicht annehmen können.“ Die englische Note sieht in auffallendem Gegensatz zur öf-

entlichem Meinung in England. Nicht Deutschland hat die Ansprache darüber erzwungen, sondern der negative Charakter der Entschlüsse der Abrüstungskonferenz. Deutschland verlangt nur, daß durch die Abrüstungskonferenz ihm völlige Rüstungsgleichheit vor dem internationalen Recht eingeräumt wird. Kein geistig normaler Mensch kann die juristischen Zufinfindigkeiten verstehen, die in dem britischen Memorandum formuliert worden sind.“

